

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN,
 LIEBE LESER,**

im Oktober hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung den Zwischenbericht Teilgebiete veröffentlicht, der einen ersten wichtigen Schritt auf der Suche und bei der Auswahl eines Standorts für ein atomares Endlager bis zum Jahr 2032 darstellt. Dieser ist ein erster Bestandteil eines noch lang andauernden Prozesses zur Endlagerbestimmung. Niedersachsen wird sich vor der gemeinsamen Verantwortung nicht drücken – als SPD-Fraktion ist uns wichtig, dass dieser Auswahlprozess transparent, wissenschaftlich und unter Bürgerbeteiligung durchgeführt wird. Möglichen Standortregionen wird das Land beratend zur Verfügung stehen. Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen, die für ein Endlager in Frage kommen, ist entscheidend für das gesamte Vorhaben. Mehr Informationen zu diesem und weiteren Themen finden Sie auf unserer Internetseite unter www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Ihre Fraktionsvorsitzende

Johanne Modder

Johanne Modder

VERBOT VON REICHS- UND REICHSKRIEGSFLAGGEN NOTWENDIG!

Kein Platz für nationalsozialistische Anschauungen im öffentlichen Raum.

Von Jan-Niklas Hartge

30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung finden sich auf vielen Demonstrationen, nicht zuletzt den »Anti-Corona-Demos«, immer häufiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Reichs- und Reichskriegsflaggen. Für Johanne Modder, Fraktionsvorsitzende der SPD im Niedersächsischen Landtag, stellt dies eine nicht hinnehmbare Situation dar: »Es ist eine Schande, dass der öffentliche Raum für nationalsozialistische Anschauungen missbraucht wird. Unsere demokratischen Farben sind – und das ist nach 30 Jahren Wiedervereinigung klarer denn je – Schwarz-Rot-Gold. Wenn Reichs- oder Reichskriegsflaggen wieder vor deutschen Parlamenten wehen, ist dies ein unerträglicher Zustand, den keine Demokratinnen und kein Demokrat tolerieren darf!«

Für Modder stellt der öffentliche Gebrauch der Reichs- und der Reichskriegsflagge ein klares Symbol rechtsextremer Gesinnung dar: »Wir müssen unserer Polizei die rechtliche Handhabe und Sicherheit an die Hand geben, um entsprechende Flaggen im öffentlichen Raum bei Demonstrationen oder Veranstaltungen beschlagnahmen zu können und die Eigentümer bei Verstößen entsprechend mit einem Bußgeld zu sanktionieren.«

»Wir wollen in Niedersachsen kurzfristig ein solches Verbot auf Verordnungen per Erlass auf den Weg bringen. Die Innenminister müssen sich auf ihrer Konferenz im Dezember über eine bundeseinheitliche Regelung, welche den Gebrauch jener Symbole, Flaggen und Fahnen unterbindet, verständigen«, erklärte die SPD-Politikerin noch im September. Wenige Tage später hat das Land Niedersachsen das öffentliche Schwenken von Reichsfahnen und Reichskriegsflaggen nun unterbunden. Der entsprechende Erlass durch das Niedersächsische Innenministerium ist Anfang Oktober in Kraft getreten. ■



Foto: Ole Sprata

CORONA-SONDERAUSSCHUSS WIRD EINGERICHTET

Die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen ist eine der größten Herausforderungen der Bundesrepublik seit ihrer Gründung. Auch wenn jede Pandemie unterschiedlich sei und individuell betrachtet werden müsse, will der Landtag durch die Einberufung eines neuen Corona-Sonderausschusses frühzeitig mit der Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse beginnen, um so bestmöglich auf mögliche künftige Pandemiesituationen reagieren zu können.

»Der Ausschuss soll im Oktober 2020 seine Arbeit aufnehmen und bis zum 30. September 2021 möglichst seine Arbeit mit einem Abschlussbericht beenden. Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie sollen uns krisen- und zukunftssicherer aufstellen. Sie sollen nicht nur notwendige Schlüsse aus der Pandemie aufzeigen und politische Umsetzungsschritte an die Hand geben, sie sollen auch demonstrieren, wie in gesundheitlichen Krisensituationen die parlamentarische Arbeit des Landtages organisiert werden kann.« ■

EHRENAMTSKOMMISSION NIMMT ARBEIT AUF

Seit dem 2. Oktober hat die Enquetekommission zur Stärkung des Ehrenamts in Niedersachsen ihre Arbeit aufgenommen. »Wir wollen die Rahmenbedingungen des Ehrenamts nachhaltig verbessern und attraktiver gestalten. Es geht um mehr Wertschätzung sowie die bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement. Außerdem wollen wir diskutieren wie wir Ehrenamtliche vor Angriffen,

Hass, Hetze und Bedrohungen besser schützen können!«, so Bernd Lynack, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion.

Bereits Anfang des Jahres hat die SPD-Landtagsfraktion einen 5-Punkte-Plan zur Stärkung des Ehrenamtes vorgelegt. Bis zur Mitte des kommenden Jahres soll die Kommission ihre Arbeit fertigstellen und einen Bericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen. ■

MORIA: HUMANITÄRE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN, GEFLÜCHTETE AUFNEHMEN UND LEID IN LAGERN BEENDEN!



Die Zustände im griechischen Lager Moria waren schon vor den Ausbrüchen der verheerenden Brände eine humanitäre Katastrophe. Nachdem rund 13.000 Menschen bereits zuvor Leid und Elend in ihrer Heimat ertragen mussten und eine beschwerliche und traumatische Flucht auf sich genommen haben, sind diese nun mittellos und buchstäblich auf der Straße lebend auf der griechischen Insel Lesbos gestrandet.

Die Bilder, die uns aus Moria erreichen, empfinden wir als beschämend für die Europäische Union. Wir dürfen die schutzsuchenden und notleidenden Menschen nicht im Stich und ihrem eigenen Schicksal überlassen! Es ist unsere humanitäre Verantwortung, diesen Zuständen vor Ort ein Ende zu setzen.

Es steht außer Frage, dass es ein gerechtes europäisches Asylsystem geben muss. Es braucht einen fairen Verteilungsmechanismus der Mitgliedsstaaten. Allerdings können und werden wir nicht hinsehen, wenn die Orbans und Dudas in Europa jeden Funken Menschlichkeit blockieren! Europa muss ein sicherer Hafen sein und denjenigen, die vor politischer, sexueller oder religiöser Verfolgung fliehen, Schutz bieten. Wir dürfen uns von den Rechtspopulisten, deren tägliches Geschäft die Angst ist, nicht den Takt diktieren lassen. Wo kommen wir hin, wenn wir Anstand, Moral und Nächstenliebe über Bord werfen?

Es sind drei Bausteine notwendig, um dieses Elend zu beenden: Zum einen

braucht es schnelle und humanitäre Katastrophenhilfe. Außerdem benötigen wir eine schnelle Aufnahme der Geflüchteten, damit die Zustände des Lagers Moria der Vergangenheit angehören. Drittens brauchen wir eine schnelle und europaweite Lösung. Im Übrigen sind die Zugeständnisse von Innenminister Seehofer, 1.500 Menschen aufzunehmen, ein Tropfen auf dem heißen Stein – wie verantwortungsvolle, menschenorientierte Politik geht, zeigt unter anderem SPD-Minister Pistorius in Niedersachsen, der bereits erklärte, dass allein Niedersachsen bereit ist, 500 Geflüchtete aufzunehmen. Es muss Schluss mit Symbolpolitik und Lippenbekenntnissen sein! ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: René Kopka, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Jan-Niklas Hartge, Eva Güntzel
Redaktionsschluss: 22. Oktober 2020
Redaktion: Jan-Niklas Hartge, jan.hartge@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke